



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbrsit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Sprengung der Leipziger Gewerkschaften	Seite 429	Wirtschaftliche Rundschau	Seite 434
Gefesung und Verwaltung. Die Kanzlerkrise	432	Arbeiterversicherung. Bewußte Irreführung. — Aus den deutschen Gewerkschaften.	435
Statistik und Volkswirtschaft. Adolf Wagner	438	Mitteilungen. Berichtigung	436
		Hierzu: Arbeiterrechtsbeilage Nr. 12.	

Sprengung der Leipziger Gewerkschaften.

Seitdem die Sozialdemokratische Partei zersplittert wurde, haben die Geschäftsführer der neuen „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei“ nichts unversucht gelassen, den Streit auch in die Gewerkschaften zu tragen. In Leipzig schien ihnen der Boden besonders günstig, um gegen die seit Jahren mit Haß verfolgten Gewerkschaftsangeestellten die Mitglieder der Gewerkschaften mobil zu machen. Jahrzehntlang war ja in dieser Richtung vorgearbeitet worden. Vor sich nicht jetzt, wo die Arbeitermassen von den parteipolitischen Streitfragen erregt und von der Not der Zeit mißgestimmt waren, die beste Gelegenheit, die Leidenschaften der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter bis zum äußersten aufzustacheln? Man mußte nur mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit ans Werk gehen, ein paar verhängliche Schlagworte in die Massen werfen, die leitenden Personen der Gewerkschaften als Verräter und Lumpen schildern und versuchen, sie verantwortlich zu machen für Kriegsnot und Lebensmittelmangel. Schuld an alledem war einzig die „Politik der Generalkommission“ und Mitschuldige sind alle Gewerkschaftsführer, die, bis auf einige Ausnahmen, diese Politik unterstützen; vor allem aber sind die Gewerkschaftskartelle mitschuldig, weil sie von der Generalkommission und deren „Politik“ abhängig sein sollen. Was es mit der „Politik der Generalkommission“ für eine Bewandnis hat, darüber haben sich bis heute die meisten der Gewerkschaftsmitglieder keine ernste Vorstellung machen können. Aber das Schlagwort allein genügt. Herunter mit der Generalkommission! Da man ihrer aber nicht habhaft werden konnte, so richteten sich die Angriffe in erster Linie gegen die nächststehenden Personen und Einrichtungen, das sind die Gewerkschaftsführer, das Kartell und die Arbeitersekretäre in Leipzig.

Systematisch hat dieser Kampf eingeleitet; systematisch ist er seit Monaten fortgeführt worden. Nicht ohne Erfolg. Nachdem es gelungen ist, nach und nach sieben Gewerkschaften vom Kartell loszureißen, achtet man die Zeit für gekommen, ein sogenanntes unabhängiges Gewerkschaftskartell zu gründen und die Leipziger Gewerkschaftsbewegung in zwei Lager zu zerreißen, damit sie, behindert an fruchtbringender, gewerkschaftlicher Arbeit, sich im Bruderkampf dauernd zersprengt.

Man sollte so etwas für unmöglich halten, unmöglich von Leuten, die angeben, im Interesse der

Arbeiter tätig zu sein, unmöglich vor allem in einer Zeit, wo die Kräfte der gewerkschaftlichen Organisation aufs äußerste zusammengefaßt werden müssen, um den nach dem Kriege kommenden schweren wirtschaftlichen Kämpfen gewachsen zu sein. Indes, wer die Leipziger Verhältnisse näher kennt, wer weiß, wie seit Jahren in der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die Gewerkschaftsangeestellten und gegen die Gewerkschaftseinrichtungen scharf gemacht worden ist, wird das alles gar nicht für unmöglich halten. Ja, es wäre höchst sonderbar, wenn unter solchen Umständen dieser Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter in Leipzig nicht eingetreten wäre.

Raum war die Spaltung in der Partei vollzogen, da hieß es: wir müssen in die Gewerkschaften eindringen! Hier sollte die Pertrümmerung der Arbeiterbewegung fortgesetzt werden. Vor allem kam es darauf an, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Gewerkschaften zuzuführen. Die Metallarbeitergewerkschaft sollte dabei den Anfang machen. Das war an sich nicht schwierig. Drei Mitglieder des Metallarbeiterverbandes saßen als Redakteure in der „Leipziger Volkszeitung“. Deren Standpunkt vertraten zum Teil auch die Mitglieder der Leitung des Metallarbeiterverbandes. Wer es wagte, eine andere Meinung zu haben, wurde kaltgestellt. Wäre der Vorstand des Gewerkschaftskartells bereit gewesen, sich bei seinen Handlungen von politischen Gesichtspunkten leiten und im Kartell politische Erörterungen zuzulassen, dann wäre das Spiel gewonnen und Partei und Gewerkschaften in Leipzig wären nach außen hin wieder einmal „einig“ gewesen. Aber der Kartellausschuß war sich seiner Pflicht bewußt und je mehr man versuchte, ihn in das politische Fahrwasser abzudrängen, um so fester hielt er an dem Grundsatz, daß im Kartell und in den Gewerkschaften politische Fragen auszuschalten sind und nur der rein gewerkschaftliche Standpunkt maßgebend sein dürfe. Das erweiterte naturgemäß die Spannung. Mehr als einmal haben die Metallarbeitervertreter aus nichtigen Gründen mit dem Austritt aus dem Kartell gedroht und schließlich hatte man einen Grund gefunden, der zweifellos bei der Arbeiterschaft, die über die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unzufrieden ist und die sich über die öffentlichen Vorgänge nur aus der „Leipziger Volkszeitung“ unterrichtet, verfangen mußte: Das Kartell war schuld an der ungenügenden Lebensmittelversorgung! Das wurde von Leuten behauptet, die genau wußten, daß das Kartell fortgesetzt tätig war, um nach Möglichkeit auf Besserung der

auf der Gründungsversammlung in Hildesheim der Begriff der deutschen Theaterkultur etwas einseitig definiert worden war. Inzwischen aber, und zwar schon in der Mannheimer Tagung, ist die Leistung eifrig und mit Erfolg bemüht gewesen, den Verdacht, daß sie im Dienste alldeutscher oder nationalistischer oder sonstiger einseitiger Interessen oder Anschauungen stünde, zu entkräften. Sie hat das getan, indem sie sich bemühte, Mitglieder in allen Schichten und Parteilagern des deutschen Volkes zu gewinnen; und die Mannheimer Tagung hat auch äußerlich zum Ausdruck gebracht, daß der Verband tatsächlich nichts weiter will, als die kostbaren Schätze deutscher Geisteskultur in die breitesten Massen des Volkes zu tragen und daß er sich dazu des Theaters als des wirksamsten Mittels bedienen will. Der Intendant des Mannheimer Hoftheaters, Dr. Hagemann, zeigte in einem formvollendeten und inhaltlich reichen Vortrage das Bestreben des Verbandes in dem Satz, daß das Theater als geistiges Bildungsmittel gleichberechtigt neben Schule und Kirche zu stellen sei.

Den Verhandlungen der Mitgliederversammlung ging eine Tagung des Vorstandes und des Gesamtausschusses voran. In letzterer wurde die Erweiterung der Sitzungen vorherberaten, wie sie am nächsten Tage dem Plenum unterbreitet und von diesem angenommen wurden. Im Gesamtausschuß ist die Generalkommission gleichfalls durch ihr Mitglied vertreten. Neben der Abgrenzung der Befugnisse von Hauptvorstand und Ortsgruppenvorständen handelte es sich insbesondere darum, die Bestrebungen und Ziele des Verbandes in den Sitzungen so klar und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen, daß irgendwelche Zweifel an den Aufgaben und der Tätigkeit desselben nicht mehr geltend gemacht werden können. Der Verband will in keiner Weise irgendwelche bestimmte Richtungen in der Kunst begünstigen oder andere bekämpfen; er will nichts anderes sein, als was sein Name besagt: Theaterkultur ins deutsche Volk zu tragen. Zugleich allerdings will er darauf hinwirken, daß das deutsche Theater in allen seinen Gliedern und Teilen ein wirkliches Kulturtheater wird. Diesen Aufgaben hat er sich bereits mit Erfolg gewidmet. Mit einmütigem Beifall wurden deshalb auch die Worte Dr. Hagemanns begrüßt, der da sagte: „Das Merkmal unserer Zeit ist das Nebeneinanderbestehen einer großen Zahl von kulturell hochentwickelten Völkern, und mögen sie sich auch augenblicklich grimmig bekämpfen, so bleibe es deshalb doch wahr, daß Kulturgüter der Menschheit gehören und im Austausch zu ihrer vollen Wirkung kommen.“ Die organisierte Arbeiterschaft stimmt demselben Manne sicher auch zu, wenn er zum Schlusse seines geistvollen Vortrages sagte:

„Der Kampf für die Kultivierung des Theaters ist stets ein Kampf gegen den Philister gewesen, und nur selten ein erfolgreicher Kampf. Gegen ihn rufen wir alle die auf, die Kulturträger im Volke sind. Das sind nicht nur die Besitzenden. Im einfachen Volk findet man oft das instinktive, trefflichere Gefühl für schön oder häßlich, das sich wohl weiden und ausbilden, aber niemals und um keinen Preis schaffen läßt, wo es nicht vorhanden ist. Diese Kräfte wollen wir heranziehen, sammeln, schulen, wir wollen, daß der Hunger nach Schönheit, nach geistigem Genuß gestillt werde, wo immer er herrscht.“

Vor ihm hatte in gleichfalls wirkungsvollem Vortrage der (sozialdemokratische) Reichstagsabgeordnete Heint. Schulz über das Thema gesprochen: „Was will der Verband?“ Als Dritter sprach Rechtsanwalt Seelig = Mannheim über das

Thema: „Reichstheatergesetz“. Er wies in überzeugender Weise nach, daß bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Schauspielern und Direktionen die persönlichen und sozialen von den Kunstbedingungen nicht auseinanderzuhalten sind.

In engerer Beratung wurde sodann noch Stellung genommen zu der Frage der Konzessionierung des Theaters. Die Einleitung hierzu gab der bekannte Kunstschriftsteller und Theaterkritiker Stefan Rohmann = Berlin. Es wurde hierzu nachstehende Entschliebung angenommen:

„Angesichts der Bundesratsverordnung vom 3. August 1917 betr. die Erteilung der Theatererlaubnis begrüßt der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur den in dieser Verordnung zum Ausdruck gebrachten Willen der Regierung, sich der Angelegenheiten und Interessen der Theaterkunst anzunehmen. Da er jedoch in der Verschärfung des Konzessionsrechts durch Einführung der Bedürfnisfrage eine zulängliche Lösung der so überaus dringlichen Theaterprobleme nicht erblicken kann, beauftragt er den Verwaltungsrat, an die Reichsregierung wegen Erlangung der zur Förderung der Verbandszwecke notwendigen und geeigneten Einrichtungen und gesetzlichen Maßnahmen heranzutreten. Insbesondere ist die Schaffung einer umfassenden Staatsgesetzgebung unter Neuordnung der öffentlichen und privaten Theaterrechtsverhältnisse zu beantragen. Das Theater soll dem Kultusministerium unterstellt, es sollen Kunststanzien wie Kunstammern und Theaterbeiräte geschaffen und das öffentliche Theaterrecht in einem besonderen Theatergesetz und nicht lediglich durch Verschärfung des Gewerbevollzugsrechts geordnet werden.“

Auch mit der Frage der Theaterzensur beschäftigte sich die Tagung auf eine Anregung von Frankfurt a. M. Beschlissen wurde hierzu:

„Der Verband beauftragt den Verwaltungsrat gemäß der Satzungsbestimmung, wonach die Verbandsstätigkeit unter Wahrung der Freiheit künstlerischen Schaffens und Denkens zu erfolgen hat, dahin zu wirken, daß eine Beseitigung der durch das heutige Theaterzensurwesen geschaffenen Mißstände herbeigeführt wird.“

In den Vorstand des Verbandes, der aus elf Personen besteht, wurden u. a. gewählt: 1. Vorsitzender Landrat von Stockhausen = Hildesheim; 2. Vorsitzender Reichstagsabgeordneter H. Schulz = Berlin; Schriftführer und Generalsekretär Gerst = Hildesheim. Der Gesamtausschuß, der jährlich wenigstens einmal zusammenzutreten hat, besteht aus 60 Personen. Außerhalb der Tagung wurde den Teilnehmern eine Reihe von auserlesenen künstlerischen Darbietungen geboten. Die Verhandlungen fanden im städtischen „Rosengarten“ statt, einem Prachtbau (für Theater- und Musikaufführungen, desgleichen Versammlungszwecke), wie ihn bis jetzt nicht allzuviel Städte aufzuweisen haben. A. K.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat Oktober 1917 bei der Generalkommission eingegangenen Beiträge:

Verb. d. Holzarbeiter für 3. u. 4. Qu. 1917	und 1. Qu. 1917	8711,— M.
„ „ Schneider für 1. u. 2. Qu. 1917		1885,50 „
„ „ Brauerei- u. Mühlenarbeiter für 2. Qu. 1917		712,80 „
„ „ Chorsänger für 3. Qu. 1917		100,— „

Berlin, den 1. November 1917.

Germann Rube.

standsmitgliedes Paul Lange am 25. Juni den Austritt aus dem Kartell beschlossen und zwar so lange, „als der Kartellausschuß seine, die Interessen der Arbeiterorganisationen schädigende Haltung beibehält“. Daß die gewerkschaftlichen Dingen im allgemeinen fremd gegenüberstehenden Verkäuferinnen die geeignetsten Personen sein sollen, um über die Haltung, des Kartells zu urteilen, hat immerhin den Reiz der Neuheit für sich.

Genau denselben Grund machte übrigens die 74 Mitglieder zählende Gewerkschaft der Kupfer- und Eisenindustrie geltend, als in einer Versammlung am 7. Juli beschlossen wurde, ab 1. August den Kartellbeitrag zu sperren oder gleich direkt aus dem Kartell auszutreten.

Am 11. September hatten die Schneider Gelegenheit, sich mit der Frage zu beschäftigen. Diese Gewerkschaft hatte bisher den Kartellvorstehenden gestellt, der gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern sich lebhaft gegen die Zerplitterungsbestrebungen wandte. Dennoch stimmten von 80 Anwesenden 41 für Austritt aus dem Kartell, „weil der Kartellausschuß in der Lebensmittelversorgung versagt, die Politik der Regierungssozialisten mitgemacht habe und weil unser Hauptvorstand Gelder angelegt, ohne die Mitglieder zu befragen“. Der Mitgliederstand dieser Gewerkschaft ist 563.

Schließlich haben sich am 15. September auch noch die Steinseher zu den Abgesplitterten gesellt. Sie stellten sich auf den Standpunkt der schon ausgetretenen Gewerkschaften, also wegen der Politik der Generalkommission. Und das bringen sie zum Ausdruck in demselben Bericht, in dem sie mitteilen, daß sie ihren Centralvorstehenden, der Mitglied der Generalkommission ist, für seine erfolgreiche Tätigkeit beglückwünscht haben. Hier kommen 83 Mitglieder in Betracht.

Damit ist bis Ende des dritten Quartals die Liste der Abgesplitterten abgeschlossen. Was noch kommt, ist ungewiß. Aber man muß mit allen Möglichkeiten rechnen, denn es ist unglücklich, wie von den Kartellgegnern offen und verdeckt gewählt wird und wie sie die Versammlungslokale belagern, um sofort zu erfahren, ob den von ihnen Vorgehabenen ein neuer Streich gegen die Gewerkschaftsbewegung gelungen ist. Und das „Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes“ bekundet durch spaltenlange Berichte seine Freude darüber, daß die Zerreißung der Arbeiterbewegung Fortschritte macht und feuert dadurch, daß es jedes Schlagwort, jede Anrempelung, jeden kartellfeindlichen Beschluß durch fette Schrift hervorhebt, zur Nachahmung an. Nur wenn die Beschlüsse anders ausfallen, nimmt man, wenn überhaupt, so doch nur in ganz unauffälliger Weise davon Notiz. Einige Gewerkschaften sind noch nicht zu einer endgültigen Stellungnahme gelangt. Die Bauarbeiter haben in mehreren Versammlungen in Gegenwart ihres Centralvorstehenden zwar nicht über den Austritt aus dem Kartell, wohl aber, was gleichbedeutend ist, über die Abfägung einiger Verwaltungsbeamten verhandelt. Am Schluß solcher Versammlungen waren von 2130 Mitgliedern der Gewerkschaft noch 15 anwesend. Zur Beschlußfassung ist es dann auch nicht gekommen. Besonders interessant sind die Vorgänge im Transportarbeiterverband. Auch hier waren es die in der Genossenschaft beschäftigten Mitglieder, die durch Sammlung der erforderlichen Unterschriften eine Generalversammlung erzwingen, die Leitung absetzen und aus dem Kartell austreten wollten. Die Unterschriften wurden zwar beigebracht, aber eine Nachprüfung er-

gab, daß eine Anzahl Mitglieder überhaupt nicht wußten, wozu sie ihren Namen hergegeben hatten; sie meinten, die Verbandsleitung habe die Unterschriften benötigt. In einigen Fällen waren die Unterschriften direkt gefälscht, denn die betreffenden Mitglieder wußten überhaupt nichts, oder man hatte von Angehörigen der Mitglieder unterschreiben lassen. So präferierte man die Unterschriften und auch die Mitgliedsnummern von Mitgliedern, die im Krankenhaus lagen, die im Felde standen, ja sogar von solchen, die bereits gefallen waren. Nachdem die offensichtlich gefälschten Unterschriften abgezogen worden waren, blieb die erforderliche Zahl nicht mehr übrig, und die Generalversammlung fand nicht statt. Die große Aktion war somit ins Wasser gefallen. Mehrere Gewerkschaften haben eine Stellungnahme gegen das Kartell abgelehnt (Stürchner, Lithographen, Zimmerer usw.). Auch die Holzarbeiter lehnten einen Antrag auf Austritt aus dem Kartell mit 250 gegen 138 Stimmen ab.

Damit ist freilich keine Gewähr geschaffen, daß endgültig Ruhe eingetreten sei, denn von unabhängiger Seite wird alles getan, um ja keine Ruhe aufkommen zu lassen und um immer neuen Konfliktstoff zu schaffen.

Das stärkste, was man sich in dieser Beziehung geleistet hat, war der Beschluß in der unabhängigen Parteiversammlung vom 21. August 1917, demzufolge gemeinsamen Ausschüssen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und des Leipziger Gewerkschaftskartells wie der Genossenschaften nur solche Personen als Mitglieder angehören könnten, die gewerkschaftlich und in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei politisch organisiert sind. Das Zusammenarbeiten mit Personen, die nicht in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei organisiert sind, lehnt die Parteiversammlung ab. Den Nachern dieses Beschlusses ist, so lächerlich das auch klingen mag, immerhin zuzutragen, daß sie mit einem Zukreuzerischen des Gewerkschaftskartells rechneten. Statt dessen antwortete das Gewerkschaftskartell am 13. September:

„Die vom Gewerkschaftskartell an die gemeinsamen Einrichtungen (Bildungsinstitut, Maisfonds usw.) abzuführenden Mittel werden den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder entnommen, es sind demnach ausschließlich Gewerkschaftsgelder. Die persönliche politische Auffassung des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes kommt weder bei Aufnahme in die Organisation noch bei der Beitragsleistung in Betracht. Daher sind auch die in der gemeinsamen Ausschüsse entsandten Kartellvertreter ausschließlich Gewerkschaftsvertreter, niemals aber Vertreter einer bestimmten parteipolitischen Richtung. Darüber, wen das Kartell als Vertreter in die gemeinsamen Ausschüsse entsenden will, hat es selbständig, unbeeinflusst von außerhalb des Kartells stehenden Organisationen und nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen zu entscheiden. Aus diesem Grunde lehnt das Kartell das Verlangen ab, nur solche Vertreter zu entsenden, die einer bestimmten Parteirichtung angehören.“

Bereits am 18. September wurde der unglückliche Beschluß der Unabhängigen gegen ein Mitglied des Kartellausschusses in der Propagandakommission für die Genossenschaft angewendet. Das betreffende Kartellmitglied wurde, weil es der alten Sozialdemokratischen Partei und nicht der Unabhängigen ange-

bestehenden Zustände hinzuwirken. Daß die Leipziger Parteinstanzen auf diesem Gebiete rein gar nichts getan hatten und daß einzelne von ihnen, wo sie Gelegenheit hatten, im Interesse einer besseren Lebensmittelversorgung zu wirken, völlig versagt haben, wurde natürlich der Arbeiterschaft verschwiegen. Gewiß, die Arbeiter wollten Taten sehen. Die Metallarbeiter besonders, die bei langer Arbeitszeit die Lebensmittelknappheit in erhöhtem Maße spürten, waren gegenüber der Forderung trotz der für sie so günstigen Konjunktur mit ihrer Entlohnung sehr in Mitleidenschaft geblieben, während die meisten anderen Gewerkschaftsleitungen für ihre Mitglieder nennenswerte Aufbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen herbeigeführt hatten.

Da kam am 16. April d. J. plötzlich die große Arbeitsniederlegung in der Munitionindustrie, angeblich wegen Kürzung der Brotration, wegen mangelnder Nahrungsmittel. Man hätte auch weiterhin der Meinung sein können, daß es sich um eine durch die Lebensmittelnot spontan hervorgerufene Massenbewegung handelte, wenn nicht durch die Art der Handlungen, Reden und Beschlüsse der Bewegung ein rein politischer Charakter gegeben worden wäre. Am 18. April wurde angeblich im Auftrag der Ausständigen von einem aus dem Vorstehenden der Unabhängigen Parteileitung Lipinski, dem Metallleur Liebmann und dem Metallarbeiter Lieberosch gebildeten Comité eine Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet, in der für die Wahlen zu den beiden städtischen Kollegien das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Personen über 20 Jahre, unter Anwendung der Verhältnismittelwahl, gefordert wurde. Von der Erfüllung dieser Forderung wurde die Wiederaufnahme der Arbeit abhängig gemacht. Als diese Eingabe im Stadtverordnetenkollegium zur Vorlesung kam, waren aber die Ausständigen gerade dabei, auch ohne Erfüllung dieser Forderung die Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen. Die Enttäuschung war bei einem großen Teil der Ausständigen schon am ersten Streiktag eingetreten. Des Brotes wegen waren sie aus den Betrieben gegangen, rein politische Stütze hatte man ihnen dann vorgezogen. Was als am 17. April eine Verhandlung vor dem gewerblichen Einigungsamt stattfand, da forderte Lipinski vom Oberbürgermeister eine sofortige Erklärung über die Wahlrechtsfrage und fügte hinzu: „Wegen des hiesigen Brotes handelt es sich jetzt nicht mehr!“ Die zu den Verhandlungen vor dem gewerblichen Einigungsamt geladenen Gewerkschaftsvertreter ließen, in der Erkenntnis, daß an dieser Stelle eben nicht politische, sondern wirtschaftliche Fragen zu erörtern waren, diese Erklärung abgeben:

„Die anwesenden Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftskartells und der Gewerkschaften der Holzarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter und Textilarbeiter betrachten es als ihre wichtigste Aufgabe, Besserung der Lohn-, Arbeits- und Ernährungsverhältnisse zu fordern und zu diesem Zwecke mit allem Nachdruck von den zuständigen Behörden und Arbeitgebern entsprechende Maßnahmen und Zugeständnisse zu verlangen. Die angeführten Gewerkschaftsvertreter erklären daher, daß sich ihre Teilnahme an der heutigen Besprechung lediglich auf Fragen der Lohn-, Arbeits- und Ernährungsverhältnisse beschränkt.“

Ein Mitglied der Metallarbeiterleitung fügte dem hinzu: „Ich schließe mich für die Metallarbeiter dieser

Erklärung an.“ Das letztere hat man in der Öffentlichkeit streng verschwiegen, dafür aber hat man sich um so mehr über den „Verrat“ erbost, der durch diese Erklärung begangen sein sollte. Wenn die Aussprache vor dem Einigungsamt schließlich dazu führte, daß direkte Verhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und den Unternehmern eingeleitet wurden, die dann auch eine Reihe von Zugeständnissen an die Metallarbeiter brachten, so ist das wahrlich nicht auf die politischen Forderungen der Lipinski und Genossen, auch nicht auf das Verhalten der Metallarbeitervertreter, wohl aber auf das entschiedene Eingreifen der Leiter der anderen Gewerkschaften zurückzuführen. Dafür mußten sich diese Gewerkschaftsvertreter in der späteren Metallarbeiterversammlung sagen lassen, daß sie an der Versumpfung der Leipziger Gewerkschaften arbeiteten.

Der Stein war im Rollen. Er rollte zwar schief, aber was tat das? In einer Metallarbeiterversammlung am 22. April wurde der Austritt der Metallarbeiter aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell beschlossen. 47 Personen sollen den folgenschweren Beschluß gefaßt haben. 7059 Mitglieder zählt die Metallarbeitergewerkschaft, dazu kommen noch 13346 Mitglieder, die sich zurzeit beim Militär befinden. Diese 47 Abplitterer bilden 0,2 Proz. der Gesamtmitglieder, aber sie bildeten in der Metallarbeiterversammlung zufällig die Mehrheit und der Beschluß ist gültig. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei in Leipzig versuchte nunmehr über die größte Leipziger Gewerkschaft. Das gab hinreichend Mut, auf dieser Bahn fortzufahren.

Den nächsten „Erfolg“ brachten die Tabakarbeiter, die am 17. Juni ihren Austritt aus dem Kartell mit 17 gegen 7 Stimmen beschlossen. Diese Gewerkschaft zählt 130 Mitglieder und außerdem 52 beim Heere. Hatte man in der Metallarbeiterversammlung vorsichtigerweise mit nichtsagenden Gründen die Trennung vom Kartell erreicht, so ließen die kleinen Gewerkschaften diese Vorsicht mehr und mehr fallen. „Die Tabakarbeiter wollen mit den Sozialpatrioten eben nichts mehr zu tun haben und wünschen, daß diese im Kartell bald allein sitzen.“ So die Begründung.

Am gleichen Tage beschlossen die Asphaltteure und Pappdecker (85 Mitglieder, wieviel in der Versammlung waren, konnte bisher nicht festgestellt werden):

„Die Versammlung verlangt von ihren Kartelldelegierten, eine sozialpatriotische Politik, wie sie vom Leipziger Kartell getrieben wird, nicht mitzumachen, sondern im Kartell dahin zu wirken, daß eine rein gewerkschaftliche, den allgemeinen Arbeiterinteressen entsprechende Politik, wie in früheren Jahren, wieder eingeschlagen wird. Sollte der Kartellausschuß mit seiner jetzigen Taktik so weiterfahren, so sehen sich die Versammelten genötigt, als Verband der Asphaltteure und Pappdecker aus dem Kartell auszutreten.“

Zu einem Wirken im Kartell kam es aber nicht mehr, denn dem Beschlusse folgte unmittelbar der Austritt. Allerdings scheint in diesem Kreise über die „entsprechende Politik“ die größte Konfusion zu bestehen und das als Politik aufgefaßt zu werden, daß das Kartell jede Politik peinlichst vermeiden hat.

Dann kamen die Sandlunagehilfen, die 1776 Mitglieder zählen. Lonangebend sind hier in erster Linie die mit der Unabhängigen Partei eng verbundenen Lagerhalter des Konsumvereins, die mit ihren Verkäuferinnen und — wie man den Umständen nach annehmen muß — nicht ohne Einverständnis des in der Versammlung anwesenden Zentralvor-

hört, aus der Sitzung verwiesen. Für diesen Hinzuwurf stimmte auch der erste Geschäftsführer des Konsumvereins Leipzig-Flagwitz. Das war so ungeheuerlich, daß wir es für nötig hielten, unter Hinweis auf den Dresdner Kongreßschluß und die darin festgelegte Pflicht der Gewerkschaften und weiter unter Hinweis darauf, daß die Genossenschaften doch neutrale Einrichtungen seien, den Geschäftsführer des Konsumvereins über die Wichtigkeit des Voranges zu befragen. Darauf antwortete dieser, daß die uns gewordene Mitteilung auf Wahrheit beruhe. Zu dieser Abstinenz habe er sich „verleiten“ lassen in der Annahme, daß die Angelegenheit am gleichen Tage in einer gemeinschaftlichen Sitzung zur Erledigung gebracht werden sollte, dann hätte er seine persönliche Meinung zum besten gegeben. Diese Antwort ist ein schlagender Beweis dafür, wie schlimm die Dinge in Leipzig stehen und wie selbst der Leiter eines großen neutralen Instituts nicht wagen darf, eine andere als die von den Unabhängigen abgestempelte Meinung zu vertreten. Das ist allerdings auch ein erhebendes Beispiel dafür, was man unter der Bezeichnung „unabhängig“ zu verstehen hat.

Man könnte noch eine ganze Anzahl Fälle anführen, die da zeigen, wie wenig bei dem Kampfe gegen das Kartell rein sachliche Motive maßgebend sind. Wenn, wie das u. a. geschehen ist, als das Gewerkschaftskartell für seine Mitglieder Gemüse und Obst beschaffte, gegen solche Maßnahmen gehetzt und ihre Einstellung erzwungen wird und wenn dann zur selben Zeit von den Widersachern des Kartells dieselben Einrichtungen getroffen werden, so ist eine solche Kampfweise nur schwer zu begreifen. Es ist aber dem Gewerkschaftskartell nicht eingefallen, gleiches mit gleichem zu vergelten.

Aber was hat all diese Rücksichtnahme genützt? Was war der Erfolg der Bemühungen, den endgültigen Bruch zu vermeiden? Selbst die eigens zur Erörterung der Streitfragen veranstalteten und für den Kartellausschuß wahrlich nicht ungünstig verlaufenen erweiterten Kartellversammlungen haben die Klüft nicht zu überbrücken vermocht. Es muß zertrümmert werden! Nach diesem Grundsatz handeln die Lipinski, Liebmann usw. Da gibt es kein Halten mehr. „Der Streit mit dem Kartell“, so rief der Metallarbeiter und Volkszeitungsredakteur Liebmann in der erweiterten Kartellversammlung aus, „dreht sich um die Politik der Generalkommission, die gleichzeitig die des Kartells ist. Deshalb muß gegen die Personen auch hier am Orte gekämpft werden, die diese Politik unterstützen.“

Wie unüberbrückbar die Gegensätze sind, geht aus der neuesten Tat der Gewerkschaftszersplitterer hervor. Am 1. Oktober haben sie einen Aufruf erlassen, in dem die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert werden, „in ihren Organisationen zur Gründung eines unabhängigen Gewerkschaftskartells Stellung zu nehmen. Beabsichtigt ist, ein unabhängiges Arbeitersekretariat zu gründen und einen (hier fehlt bezeichnenderweise das Wort unabhängig) Gewerkschaftssekretär anzustellen. Die Gründung soll möglichst noch im Oktober erfolgen“. Dieser Entschluß und seine Durchführung bedeutet nichts anderes, als die Zerreißung der gewerkschaftlichen Organisationen unermesslich machen und den Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter in Permanenz zu erklären. Unabhängig von allen gewerkschaftlichen Grundfragen, dafür ganz und gar abhängig von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei,

so soll in Zukunft in Leipzig die Gewerkschaftsbewegung gestaltet werden.

Kann das überhaupt eine Gewerkschaftsbewegung sein? Müssen bewährte, in mühevollen Ringen und unter großen Opfern geschaffene Einrichtungen der Arbeiterschaft zertrümmert werden, weil das wenigen blindwütenden, unverantwortlichen Leuten so gefällt? Müssen die Kräfte der gewerkschaftlichen Organisation lahmgelagt, muß jeder gewerkschaftliche Erfolg unterbunden werden, weil man die Gewerkschaften zu politischen Streitfragen mißbrauchen will? Hier scheiden sich die Geister! Hier ist aber auch der Punkt, an dem die Zentralinstanzen einzusetzen haben.

Der Kampf in Leipzig gilt nur formell dem Kartell. In Wirklichkeit richtet er sich gegen die einzelnen Gewerkschaften und Gewerkschaftsleitungen. Die Folgen dieser zeretzenden Tätigkeit werden nicht nur in Leipzig, sondern in der gesamten Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommen. Der gemeinsame Kampf gegen die Verwüster der gewerkschaftlichen Organisation ist daher unerläßlich und eine Vorbedingung zur Aufrechterhaltung und zum weiteren Ausbau der deutschen Gewerkschaften.

Leipzig.

A. Lüttich.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Kanzlerkrisis beendet.

Die Regierungskrisis im Reich und in Preußen ist nach langen Verhandlungen und zahllosen Zwischenfällen doch noch im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstages beendet worden. Der frühere Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Helfferich, hat am 8. November seinen Rücktritt genommen. An seiner Stelle ist Herr v. Payer zum Vizekanzler des Deutschen Reiches berufen worden. Zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums ist Prof. Dr. Friedberg ernannt. Ob ein weiterer Fortschrittler in das preussische Ministerium berufen werden wird, bleibt noch abzuwarten. Herr v. Payer hat sich noch nicht entschieden, ob er auf sein Reichstagsmandat oder auf den Eintritt in den Bundesrat verzichten soll, da eine Vereinigung beider Mandate durch § 9 der Reichsverfassung zurzeit noch ausgeschlossen ist. Der neue Reichskanzler, Graf v. Hertling, hat es abgelehnt, den Artikel 9 der Reichsverfassung zu ändern. Der Reichstag ist zum 29. November einberufen. Es war beabsichtigt, dem neuen Kanzler durch eine Interpellation Gelegenheit zu geben, sich programmatisch zu seiner Politik zu äußern; doch ist es nicht ausgeschlossen, daß Graf v. Hertling sich bereits anläßlich der von den verbündeten Regierungen unterbreiteten neuen Kreditvorlage über die politische Lage und die Auffassung der Regierung erklären wird. — Im preussischen Abgeordnetenhaus wird Graf v. Hertling am 3. Dezember sich durch eine Rede einführen.

Der Regierungswechsel im Reich und in Preußen ist natürlich den Konservativen und Alldeutschen arg auf die Nerven gefallen. Ihre Presse zeteri über Preisgabe wichtiger Verfassungsrechte des Kaisers, Parlamentsherrschaft, Böbelregiment und dergleichen. Nur die „Kreuz-Zeitung“ tröstet sich damit, daß das Kabinett v. Hertling als eine Ausnahme-Erscheinung aufzufassen sei. Dementsprechend ist die Presse der Mehrheitsparteien des Reichstages geneigt, die Lösung der Kanzlerkrisis als einen Sieg des Parlamentarismus zu werten. Wir beurteilen die Sach-

lape etwas fühler und glauben, daß wir noch recht weit vom Parlamentarismus entfernt sind. Die Auswahl einiger Minister und Staatssekretäre aus Parlamentaristreichen machten noch lange nicht das parlamentarische System aus. Das wird auch dadurch bestätigt, daß das offizielle Centrumsorgan, die „Germania“, jede Bindung seiner Partei durch die Kanzlerschaft v. Hertlings ablehnt. Der Regierungswechsel im Reich und in Preußen kann aber zum Parlamentarismus führen, wenn der Reichstag sich eine dauernde, ihrer Verantwortung bewußte Mehrheit schafft und seine Politik mit zäher Energie weiterführt. Den ersten Schritt hierzu bildet die Durchsetzung des Reichstagswahlrechts für das preußische Abgeordnetenhaus, das der gefährlichsten politischen Reaktion ein wohlverdientes Ende bereiten würde. Hier vor allem muß es sich zeigen, ob die Vertretung des deutschen Volkes fähig ist, ihren Willen entscheidend zur Geltung zu bringen.

Statistik und Volkswirtschaft.

Adolf Wagner.

Einer der wissenschaftlich bedeutendsten, aber auch politisch rührigsten deutschen Volkswirtschaftler ist am 8. November im Alter von über 82 Jahren verschieden.

Mehr als eine ganze Generation von Studierenden, die später in Verwaltung und Justiz, in Parlament und Presse, in Industrie und Landwirtschaft oft die hervorragenden Stellungen einnahmen, ist von ihm staatssozialistisch, antimanchesterlich geschult und unverlierbar beeinflusst worden — was in den ersten Anfängen dieser sozialpolitischen Neuorientierung keinen geringen Aufwand von moralischem Mut und von Unabhängigkeit des Denkens bei den geistigen Führern voraussetzte. Dies allein schon würde Adolf Wagner ein dankbares Gedenden bei den deutschen Arbeitern sichern. Darüber hinaus jedoch weckt hier die Todesnachricht noch manche besonderen Erinnerungen, hinter denen alle zeitweisen ehemaligen Meinungsverschiedenheiten und Parteizusammenstöße — in Berlin, während der Zeit der Stöckerischen christlich-sozialen Agitation — weit zurückinken.

Ganz ähnlich wie der heutige Weltkrieg brachten seinerzeit die Ereignisse von 1866 und 1870 mit ihren politischen und wirtschaftlichen Folgewirkungen ein großes „Umlernen“ gerade bei den ausgeprägtesten „Richtungs“vertretern, die jeden Grundgedanken sofort bis zu schroffer, unzugänglicher Einseitigkeit fortzubilden liebten. Die neue „Idee von 1866 und 1870“, wie wir heute sagen würden, war für Ad. Wagner die plötzliche Erkenntnis der ungeheuren umwälzenden staatlichen Kraftentfaltung der Bismarckschen Ära, das plötzliche Hervortreten des Macht-, Kultur- und Wohlfahrtsstaates neben und über dem solange angebeteten bloßen Rechtsstaate, dem „Nachwächter“staate der Lassalle'schen Kritik — war andererseits die niederschmetternde Enttäuschung über die freie Erwerbswirtschaft, als die Gründerjahre erst einen wüsten kapitalistischen Gegenabbat, dann einen noch wüsteren Zusammenbruch entfesselt hatten, in dem auch die soziale Hilfs- und Hoffnungslosigkeit der Arbeiter, mit ihrem entsprechenden ideologischen Ueberbau von gewaltrevolutionärem Glauben und Wollen, immer schärfer und auftrittender sich abzeichnete. Ueber-

nahme großer Wirtschaftszweige in die einheitlich ordnende Staatsleitung, weitreichendes regulierendes Eingreifen des Staates in die freie Unternehmungskonkurrenz, staatssozialistische Schutzmaßnahmen aller Art eigens für die Enterbten: diese Gedanken lagen zweifellos damals in der Luft, aber kein Universitätslehrer hat sie in den siebziger Jahren und noch lange nachher leidenschaftlicher und kampfbereiter verfolgt wie Ad. Wagner, der nicht nur mit den alten dünkelfast verblendeten doktrinären Manchestermännern, wie Oppenheim, sondern selbst mit manchen der laueren „Kathedersozialisten“ (der Ausdruck stammt von Oppenheim und Bamberger) gern gründliche Abrechnung vornahm. Für alle Verstaatlichungspläne war er so ein wirksamer Vorkämpfer, in erster Linie für die Beseitigung des Privatbahnwesens. Zur Reform der Börsen- und Aktiengesetzgebung trug er unermüdblich bei. In der Steuerpolitik rief er nachdrücklicher als irgendein anderer auf zur Schonung der Schwächeren, zur entschlosseneren Heranziehung der großen Vermögen und Einkommen und der außerordentlichen „Konjunktur“-gewinne; noch im Greisenalter weckte ihm seine Stellungnahme zur Nachlassbesteuerung heftigste Feindschaft seitens des altkonservativen Grundbesitzertums.

Vor allem aber verkündete er die Staatshilfe für die Arbeiter. Er erblickte in der Fabrikinspektion und den sonstigen ersten Arbeiterschutzmahnahmen (wie einer seiner Lieblingsausdrücke lautete:) die „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ des Staates, die Zukunft der Gesellschaft besser zu wahren als dies unter dem bloßen freien Spiel der sozialen Kräfte geschieht. Als die ersten Grundrisse einer allgemeinen Arbeiterversicherung suchend und tastend entworfen wurden, gehörte Wagner zu den begeistertsten und zähesten Teilnehmern an allen Debatten. Seine ganze, allmählich bereits festgewurzelte Denkweise trieb ihn dabei auf die Seite jener, die möglichst weitgehende Uebernahme der Kosten auf den Staat (das Reich) empfahlen; nach seinen (und Bismarcks) ursprünglichen Plänen sollte bekanntlich das Tabakmonopol als „Patrimonium der Enterbten“ die Mittel dazu schaffen. Der ganzen Umwelt jener Zeit entsprach es freilich, wenn er der organisatorischen Selbsthilfe der Arbeiter, den Gewerkschaften (im Gegensatz zu dem infolge seiner Englandstudien hierin weiterblickenden Brentano) geringeren Wert beimaß. Aber auch hier muß man hinzufügen, daß er die organisatorische Bewegungsfreiheit der Arbeiter stets forderte und aus der damaligen Machtlosigkeit der Arbeiter und aus seinen allgemeinen Anschauungen nur eine um so ausgedehntere Arbeiterschuttpolitik des Staates als Notwendigkeit ableitete.

Bis zuletzt stand er in allen Grundzügen treu zu diesen programmatischen Auffassungen. Im Vordergrund der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen blieb er später zwar nicht mehr so weit hin sichtbar wie vordem, aber nur, weil der Staatssozialismus und das Antimanchestertum, nicht zum wenigsten dank seiner Aufklärung und Propagandatätigkeit, unterdes im öffentlichen Leben ganz andere Anerkennung und Beachtung gefunden hatten.

Eine so scharfumrissene Gestalt und so große Verdienste wird auch die Arbeiterklasse nicht vergessen.

Max Schippel.

Wirtschaftliche Rundschau.

Dr. Helfferich als Wirtschaftspolitiker. — Dauer der Uebergangswirtschaft. — Durchorganisierung. — Lieferung von Rohstoffen durch England und Amerika. — Weltpolitische Folgerungen. — Fusionen im Bankgewerbe, in der Montan- und Waggonindustrie, in der chemischen Industrie und im Brauereigewerbe.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihrem Nachruf für Dr. Helfferich besonders auch der Tätigkeit des verflorenen Vizefanzlers und Staatssekretärs auf dem Gebiete der sogenannten Uebergangswirtschaft gedacht. „Bei der Arbeit an der Ausgestaltung der Kriegswirtschaft und der Schaffung der Grundlagen der Uebergangswirtschaft hielt Dr. Helfferich gegen manche Gegenströmung an dem Ziele fest, den freien Unternehmungsgeist im Wirtschaftsleben nicht über das Maß des Notwendigen hinaus beschränken zu lassen und Gewähr für seine Wiederherstellung zu schaffen.“ Diese vermeintlich rühmenden Worte enthalten in Wirklichkeit eine scharfe Kritik der Wirksamkeit, die Helfferich auf wirtschaftlichem Gebiete in seiner amtlichen Stellung entfaltet hat, denn ihn trifft der Vorwurf, nicht nur wichtige positive Maßnahmen unterlassen, sondern falsche Vorstellungen über die Grundfragen der Uebergangswirtschaft verbreitet und befestigt zu haben. Sein Tun war um so schlimmer, weil ihm seine Herkunft aus dem Direktorium der Deutschen Bank in vielen Kreisen eine Autorität verlieh, auf die er durch Leistungen als Wirtschaftspolitiker ein Anrecht noch nicht bewiesen hat. Helfferichs Programm bestand in der Versicherung, daß alles in unserem Wirtschaftsleben schnell wieder so werden sollte, wie es vor dem 1. August 1914 gewesen ist, und daß keine staatlichen Eingriffe erfolgen würden, die geeignet wären, eine derartige Entwicklung zu hemmen. Das galt manchen Leuten als der Ausfluß höchster Weisheit, die eben nur an dem einen Fehler krankt, daß die Voraussetzungen, von denen sie ausging, unverzeihlich falsch gewesen sind.

Vor allem muß man sich klar darüber sein, daß die Grundlagen der Produktion und des Wettbewerbs sich für die meisten Industriezweige im Verlauf des Krieges völlig verschoben haben, und daß die Verhältnisse in kommenden Friedenstagen nimmermehr eine Herstellung des früheren Zustandes sein können. Der Prozeß der Veränderung, der erst in seinem Anfangsstadium steht, wird in seinen Ergebnissen für die deutsche Volkswirtschaft davon abhängen, welchen Boden er für seine Entwicklung findet. Den Boden vorzubereiten aber ist unsere Aufgabe. Wünsche, zu früheren Zuständen zurückzukehren, bleiben erfolglos, wenn sie noch so oft von Staatssekretären und sonst hochvermögenden Korporationen wiederholt werden, aber sie hindern an werktätiger Arbeit, sie verzögern zum mindesten notwendige Maßnahmen, die den Zweck verfolgen müssen, auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens die rationellsten Produktionsmethoden zur Geltung zu bringen und den Ballast unwirtschaftlicher Betriebsführung ohne Verzug abzutragen. Nicht durch Verordnung einiger behördlicher Instanzen sind die uns entstandenen Riesenaufgaben zu lösen, die Träger der Produktion sind die zur Lösung Berufenen, aber es muß ein Plan da sein, ein einheitlicher Wille und die Erkenntnis, daß dort, wo die Einsicht fehlt und sich nicht ein-

stellen will, der Staat das letzte und entscheidende Wort sprechen wird. Zusammenschlüsse und Zusammenlegungen werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, weder in drei noch in fünf Jahren nach Friedensschluß rückgängig gemacht werden können, niemand darf darüber hinwegtäuscht werden. Wiederholt vernahm man die Andeutung, daß auch Dr. Helfferich selbst nicht dem Glauben zuneige, die verschiedenen Stilllegungs- und Zusammenschlußaktionen ließen sich nach Beendigung des Krieges bald wieder aus der Welt schaffen. Seine anderslautenden Erklärungen wollte man damit begründen, daß er es für richtig halte, eine Politik der Beruhigung zu treiben und deshalb den Interessenten nicht alles zu sagen, was er selbst wohl längst erkannt habe. Daß das eine äußerst gefährliche Methode wäre, bedarf keiner Betonung. Aber im ganzen erscheint eine derartige „Ueberpolitik“ durchaus unglauwürdig, denn auch die großen weltwirtschaftlichen Fragen sind bisher in der Art behandelt worden, die einer Erledigung durch Liegenlassen im wesentlichen gleichkommt.

In Erörterungen über die Versorgung Deutschlands mit Baumwolle, Kupfer und Pflanzenfetten, um einige der wichtigsten Erzeugnisse hervorzuheben, ist unter Helfferich meist der Standpunkt vertreten worden, daß uns England und Amerika, die die Kontrolle über die entscheidendsten Gebiete der genannten Produkte ausüben, nach dem Kriege selbstverständlich alle diese Waren liefern würden, weil sie ja doch auch ein Interesse daran hätten, Geschäfte zu machen. Das mag einen klugen Eindruck machen, ist aber höchst kurzfristig, denn die geschäftlichen Fähigkeiten und Kenntnisse der Marktverhältnisse, eine wirtschaftliche Machtstellung auszunutzen, wird man den Engländern und Amerikanern wohl zutrauen. Nichts spricht dafür, daß die Engländer oder Amerikaner sich beeilen werden, die Freiheit jener Märkte herzustellen, alles dagegen spricht für die Annahme, daß zwischen englischen und amerikanischen Großkapitalkreisen unter Führung der Regierungen beider Länder eine Einigung über eine kartellierte Marktbeherrschung vorbereitet wird, unter der Deutschland der Willkür der Nationierung und der Preisbestimmung der englisch-amerikanischen Kartellträger ausgeliefert sein würde. Dieser englisch-amerikanischen Strategie gegenüber müssen Entscheidungen getroffen werden, die in allererster Reihe auf dem Gebiete weltpolitischer Orientierung liegen.

Wenn von industriellen und kaufmännischen Organisationen das Programm gefordert und gelobt wird, das baldmöglichste Einstellung jeder Tätigkeit kriegswirtschaftlicher Organisation und der damit verbundenen Einschränkungen der geschäftlichen Bewegungsfreiheit verkündet, so darf nicht übersehen werden, daß die Motive dafür außerordentlich verschieden sind. Die Schwerindustrie weiß sicherlich, daß eine kräftige Durchorganisation der für sie in Betracht kommenden Industriezweige nach dem Kriege noch mehr als vorher eine Lebensnotwendigkeit ist. Sie glaubt im Besitz dieser Organisation bereits zu sein oder ist der Ueberzeugung, daß sie der staatlichen Mithilfe zu diesem Zweck sehr wohl entraten kann, weil die maßgebenden Werte mit ihrer Gefolgschaft auf Grund der eigenen Kräfte sich wohl zutrauen, mit Widerständen aus der Konkurrenz selbst fertig zu werden. Sträubt sich die Schwerindustrie gegen die Organisation zur Zusammenfassung der Kräfte, so will sie damit ver-

meiden, daß außer ihren Organisationen noch andere Stellen über wichtige Fragen, und seien es nur die der Abgabverteilung und der Preisgestaltung, zu bestimmen haben sollen. Anders ist die Lage der mittleren und kleineren Industrien, die der straffen Kartellgebilde bisher entbehren, und deren Zusammenfassung eine Aufgabe ist, die eine befriedigende Lösung nicht ohne einschneidende Maßnahmen finden kann.

Durch Bundesratsverordnung ist die an dieser Stelle bereits angekündigte Genehmigungspflicht für Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften ergangen. Danach bedürfen Gründungen von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften m. b. H. mit einem Kapital von mehr als 300 000 Mk. ebenso der Genehmigung durch die Reichsbank wie Kapitalserhöhungen, die den angegebenen Betrag übersteigen. Die Ausgabe neuer Aktien, die sich im ersten Halbjahr 1916 auf 124 Millionen Mark belief, ist im gleichen Zeitraum des Jahres 1917 auf 302 Millionen Mark angewachsen, allen Mahnungen zur Zurückhaltung zum Trotz. Wie die Begründung der Verordnung darlegt, mußte nach einem gesetzlichen Mittel gesucht werden, das die Gesellschaften zwingt, einer berufenen Stelle die obwaltenden Verhältnisse darzulegen und welches unerwünschte Belastungen vom deutschen Kapitalmarkt fernhalten kann. Nun drängt sich wiederum die Frage auf, in welcher Weise die Genehmigungspflicht von Kapitalserhöhungen und Neugründungen gehandhabt werden soll. Alles kommt darauf an, der Vergeudung von Kapital und Kraft vorzubeugen und alle Mittel den wirtschaftlichen Stellen zuzuführen, die der Stärkung im volkswirtschaftlichen Interesse bedürfen. Ein enges und planmäßiges Zusammenarbeiten aller Wirtschaftskreise läßt sich nicht entbehren, wenn nicht alle Lehren und Forderungen, die sich aus dem Kriege ergeben, Deklamationen bleiben sollen.

Auf eigene Faust setzt das Großkapital den Zusammenschluß rührig und rüstig fort. In den letzten Tagen kündigte die Disconto-Gesellschaft die Erhöhung ihres Grundkapitals um 10 Millionen auf 310 Millionen Mark an. Sie übernimmt den Magdeburger Bankverein, die Westdeutsche Vereinsbank, den Gronauer Bankverein und den Heiner Bankverein. Erhebliche Posten von Aktien dieser Banken hatte die Disconto-Gesellschaft bereits in ihrem Besitz. In der Montanindustrie wird die Fusion eines ober-schlesischen Werkes mit einem rheinisch-westfälischen Unternehmen vollzogen, die Bismarckhütte nimmt die Westfälischen Stahlwerke auf. Diese Verbindung zwischen Oberschlesien und Rheinland und Westfalen auf dem Fusionswege unternehmen auch die Linke-Hofmann-Werke in Breslau durch Aufnahme der Waggonfabrik Herbrand u. Co. Aktiengesellschaft in Köln.

Um insgesamt 150 Millionen Mark erhöhen die im Anilin Konzern vereinigten chemischen Werke ihre Grundkapitalien. Die Badische Anilin- und Sodafabrik sowie die Farbenfabrik vorm. Bayer in Leverkusen schreiten zu einer Vermehrung des Aktienkapitals um je 36 Millionen Mark. Die A.-G. für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow erhöht ihr gegenwärtig 19 800 000 Mark betragendes Aktienkapital um etwa 12 Mil-

lionen Mark. Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron erhöht um 8 bis 9 Millionen Mark auf 25 Millionen Mark und die Chemische Fabrik Weiler-ter-Weer um etwa 2 Millionen Mark. Den kleineren Gesellschaften wurde eine Erweiterung ihres Kapitals über das Verhältnis zwischen den Gewinnquoten der Interessengemeinschaft hinaus zugestanden. Auch die Leopold Casella Compagnie G. m. b. H. wird eine Erhöhung ihres gegenwärtig 30 Millionen Mark betragenden Grundkapitals durchführen. — Die Chemischen Werke vorm. Dr. Heinrich Bhd wurden von den Guldenwerken Chemische Fabrik A.-G. in Piestertitz übernommen. — Im Brauereigewerbe dauern die Fusionen in den verschiedenen Gegenden Deutschlands an.

Berlin, 13. November. Julius Kaliski.

Arbeiterbewegung.

Bewußte Irreführung.

In der Presse der „Unabhängigen“ wird seit einigen Wochen die Mär verbreitet, die Generalkommission habe im vorigen Jahre ein Ersuchen der englischen und französischen Gewerkschaften, gemeinsam mit ihnen internationale Arbeiterschutzbestimmungen für den Friedensvertrag aufzustellen, erhalten, dieses aber in den Papierkorb befördert und den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern verheimlicht. Diese Behauptungen sind, wie uns berichtet wird, auch in gewerkschaftlichen Versammlungen wiederholt worden.

Der Erfinder dieser Nachrichten ist Herr Paul Lange, Vorstandsmitglied des Handlungsgehilfenverbandes und früherer Redakteur der „Handlungsgehilfen-Zeitung“. In seiner Broschüre: „Die Neuorientierung der Gewerkschaften“ berichtet er Seite 39:

„Ebenso war es ja bei dem Arbeiterschutzprogramm, das im Jahre 1916 von ausländischen Gewerkschaftsführern an die Generalkommission der Gewerkschaften geschickt worden war. Die deutschen Gewerkschaftsmitglieder erfuhren von dieser wichtigen Sache gar nichts.“

Und an einer anderen Stelle der Broschüre (Seite 31) heißt es, der Leedser Beschluß sei den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern bis Ende Mai 1917 verheimlicht worden, was Lange so kommentiert: „Die deutschen Gewerkschaftsführer waren wohl bis dahin der Meinung, daß die nationale Gesinnung der Arbeiter darunter leiden könnte, wenn sie sich wieder mit ihren internationalen Interessen beschäftigen würden.“

Diese Behauptungen des Herrn Lange sind lediglich eine bewußte Irreführung der deutschen Arbeiter. Jenes Rundschreiben einer von der Leedser Konferenz errichteten Korrespondenzzentrale in Paris war vom 27. September 1916 datiert. Infolge des Kriegszustandes konnte es nur auf postalischen Umwegen Berlin erreichen, wo es Ende Oktober bei der Generalkommission eintraf. Nach erfolgter Uebersetzung aus dem Französischen wurde das Rundschreiben sofort für das „Correspondenzblatt“ abgesetzt, die „Vorwärts“-Druckerei lieferte am 21. November die ersten 100 Abzüge, die der am 22. November zusammentretenden Konferenz der Centralvorstände unterbreitet wurden. Von hier aus nahm es seinen